

Der große Neustart

Für ein selbstbestimmtes Leben in Frieden, Freiheit und Demokratie

Hans-Dieter Weber

Teil 1

Leben wir in einer Demokratie?

(Essay)

Diese Frage stellt sich gegenwärtig immer mehr Menschen in Deutschland. Glaubt man den Parteien und vielen Medien, dann leben wir Deutschen heutzutage in einer der besten Demokratien auf der Welt. In unserem Grundgesetz werden uns wichtige Grundrechte, wie beispielsweise die Menschenwürde, die Freiheit der Person, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens-, Meinungs- und Pressefreiheit usw. garantiert. Wir können unsere Vertreter in den Parlamenten frei wählen, die Gewaltenteilung zwischen Exekutive (Regierung), Legislative (Parlamente) und Judikative (Justiz) ist gewährleistet, die öffentlich-rechtlichen Medien informieren uns objektiv und unzensuriert, und so weiter, und so weiter. Und weil die Demokratie bei uns in Deutschland schon so perfekt ist, nehmen wir uns manchmal sogar das Recht heraus, andere Staaten und Regierungen zu belehren. Aber stimmt dieses Bild, das uns da tagtäglich „eingetrichtert“ wird überhaupt? Machen wir doch einfach mal einen kleinen Faktencheck. Hier ein paar Beispiele:

Beispiel 1: Nach unserem Grundgesetz, Artikel 20 muss alle Staatsgewalt stets vom Volke ausgehen. Das unterscheidet eine Demokratie von allen anderen Herrschaftsformen grundsätzlich. Also wir, das Volk, sind in Deutschland „Herr im eigenen Hause“. Es gibt somit keine Gewalt, die über dem Volke stehen darf. Man spricht deshalb auch von Volkssouveränität. Zur Rolle der Parteien im gesellschaftlichen Leben Deutschlands heißt es im Grundgesetz, Artikel 21 dagegen

lediglich lapidar: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Das ist dann aber auch schon alles, was in unserem Grundgesetz zur Rolle der Parteien steht. Nun aber mal Hand aufs Herz: Haben Sie den Eindruck, dass dies heutzutage in Deutschland genauso der Fall ist? Oder ist es nicht sogar das glatte Gegenteil? Fällt Ihnen vielleicht irgendein wichtiger gesellschaftlicher Bereich ein, der heutzutage in Deutschland noch nicht von den Parteien beherrscht oder zumindest dominiert wird, wo ihr Personal noch nicht alle Spitzenpositionen besetzt hat? Haben Sie das Gefühl, dass Sie „Herr im eigenen Hause“ sind?

Beispiel 2: Wissen Sie eigentlich, warum wir Deutschen bis heute immer noch keine eigene Verfassung haben? Aber wir haben doch ein Grundgesetz, werden Sie vielleicht verwundert sagen. Gibt es denn da einen Unterschied? Aber natürlich, einen sehr großen sogar. Auf Grund der politischen Situation in Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges (wir waren ein besiegtes und besetztes Land ohne eigene Souveränität) und infolge der Teilung Deutschlands konnten und wollten die „Mütter und Väter des Grundgesetzes“ damals ganz bewusst noch keine Verfassung erarbeiten, die anschließend das deutsche Volk durch eine Volksabstimmung hätte legitimieren können. Deshalb schufen sie lediglich eine vorläufige staatliche Ordnung in Form eines von den Besatzungsmächten genehmigten „Grundgesetzes“, und dieses auch nur für die 3 westlichen Besatzungszonen. Dieses Grundgesetz soll aber auch heute immer noch nach Artikel 146 an dem Tage seine Gültigkeit verlieren, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Seit Überwindung der deutschen Teilung im Jahr 1990 haben die Politiker der Parteien in den Regierungen und Parlamenten diesen klaren Verfassungsauftrag aus dem Grundgesetz dennoch schlichtweg ignoriert. Mit welchem Recht eigentlich?

Beispiel 3: Werfen wir nun einen Blick auf die Wahlen in Deutschland. Scheinbar geht doch hier alles ganz demokratisch zu, oder? Auf den ersten Blick schon. Aber finden Sie es nicht auch merkwürdig, dass nicht wir als Souverän darüber entscheiden, nach welchen Regeln (Wahlgesetzen) wir unsere Vertreter in den Parlamenten wählen wollen? Wieso entscheiden diejenigen selber darüber, quasi in eigener Sache, die davon unmittelbar betroffen sind? Sie vertreten hier doch ganz offensichtlich eigene

Interessen, sind juristisch gesehen also befangen. Es geht ihnen offensichtlich dabei doch am allerwenigsten darum, was für die Demokratie in Deutschland am besten wäre, sondern vorrangig um ihre eigenen und ihre Parteiinteressen. Das Ergebnis ist dann auch dementsprechend: Wir leisten uns in Deutschland, bezogen auf die Einwohnerzahl, das größte und teuerste Parlament der Welt. Über eine Milliarde Euro kostet uns Steuerzahler das mittlerweile schon pro Jahr (1). Aber es kommt noch schlimmer: Von den 2021 gewählten 736 Abgeordneten (598 sollen es laut Bundestagswahlgesetz sein) im Deutschen Bundestag sind gerade einmal 299 unmittelbar (das heißt direkt) vom Bürger gewählt worden, das sind ganze 40,6 Prozent. Dagegen haben die restlichen 437 Abgeordneten ihr Mandat durch sogenannte „geschlossene Landeslisten“ (was im Klartext bedeutet, dass die Reihenfolge der Kandidaten auf den Wahllisten vom Wähler nicht mehr verändert werden kann) ihrer jeweiligen Parteien erhalten. Ganz ungeniert sprechen sie selber in aller Öffentlichkeit von „sicheren Listenplätzen“. Sind Wahlen da nicht eine Farce?

Beispiel 4: Obwohl im Grundgesetz, Artikel 20 ausdrücklich geregelt ist, dass das deutsche Volk alle Staatsgewalt durch Wahlen und Abstimmungen ausübt, werden Volksabstimmungen auf Bundesebene uns Bürgerinnen und Bürgern schon seit Jahrzehnten von den Parteien kategorisch verweigert. Oder haben Sie schon mal über irgendein bundespolitisches Gesetz selber abgestimmt? Deutschland ist übrigens das einzige Land in Europa, in dem das Volk nach Ende des 2. Weltkrieges noch nie über ein Thema von nationaler Tragweite abstimmen konnte. Ein trauriger Rekord. In den Bundesländern gibt es zwar diese Möglichkeit, aber in der Regel sind die entsprechenden Gesetze durch Themenausschlüsse (beispielsweise dürfen wir Bürger prinzipiell nicht über die Verwendung der durch uns selber erwirtschafteten Steuergelder entscheiden) und sogenannte Zustimmungsquoren (ein Volksentscheid ist nur dann erfolgreich, wenn eine bestimmte Anzahl aller Wahlberechtigten zugestimmt hat) ganz bewusst so restriktiv geregelt, dass Volksentscheide auch auf Landesebene nur selten erfolgreich sind. Auf kommunaler Ebene funktioniert direkte Demokratie in Deutschland noch am besten, aber auch hier längst nicht perfekt.

Beispiel 5: Wie schon erwähnt, ist strikte Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative (sowie den Medien als sogenannte „4. Gewalt“) in einer

Demokratie unverzichtbar. Haben Sie den Eindruck, dass dies gegenwärtig in Deutschland der Fall ist? Warum kontrollieren dann beispielsweise die Abgeordneten der Regierungsparteien in den Parlamenten nicht die Regierungen, sondern sehen ihre Aufgabe vielmehr darin, diese gegen jegliche Kritik zu verteidigen? Wieso sitzen manche Politiker auf der Regierungsbank und haben gleichzeitig auch noch ein Mandat im Parlament? (2) Mit welchem Recht entscheiden CDU/CSU, SPD und Grüne darüber, wer Richter im Bundesverfassungsgericht wird? Wieso sitzen Vertreter der Parteien in den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Medien und entscheiden dort über Spitzenpersonal und „ideologisch-korrekte“ Berichterstattung in ihrem Sinne? Die Liste von Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten ist lang. Die Gewaltenteilung steht also in Wirklichkeit nur auf dem Papier.

Beispiel 6: Um als Volksvertreter in den deutschen Bundestag gewählt zu werden, bedarf es drei Voraussetzungen: Man muss deutscher Staatsbürger sowie volljährig sein und natürlich muss man dann auch noch gewählt werden. Oder, wenn die Chancen dafür schlecht stehen, was meistens der Fall ist, wenigstens auf einem „sicheren Listenplatz“ kandidieren. Es spielt dagegen überhaupt keine Rolle, ob man irgendeinen beruflichen Abschluss vorweisen kann. Ausreichende Berufs- und Lebenserfahrung sind ebenso Nebensache. Man haftet ja schließlich niemals selber für seine politischen Entscheidungen, unabhängig davon, welcher Nutzen oder Schaden der Gesellschaft dadurch entsteht. Eigenes Geld muss man ebenso wenig in die Hand nehmen, wie finanzielle Risiken tragen. Natürlich sollte man sich dann schon ein bisschen bewegen und etwas tun über die Woche, aber das muss ja wohl jeder Arbeitnehmer in Deutschland auch. Doch es lohnt sich: Jeder Bundestagsabgeordnete bekommt seit 1.7.2021 stattliche 10.012,89 Euro Abgeordnetenentschädigung pro Monat (zu versteuern), plus 4.560,59 Euro steuerfreie Kostenpauschale monatlich, u.a. für ein Büro in seinem Wahlkreis, die nicht mal konkret abgerechnet werden muss, plus ein voll eingerichtetes und voll finanziertes Büro in Berlin, plus 12.000 Euro für Büromaterial und Sachleistungen im Jahr (nachweispflichtig), plus 22.795 Euro monatlich für Mitarbeiter, plus freie Nutzung sämtlicher staatlicher Verkehrsmittel 1. Klasse in Deutschland, plus einen Zuschuss zur Krankenversicherung, plus Übergangsgelder nach Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag, plus satte Funktionszuschläge. In die staatliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung muss er

oder sie selber nichts einzahlen, erwirbt aber dennoch pensionsähnliche Ansprüche so wie Beamte und kann durch Nebentätigkeiten dann auch noch unbegrenzt dazuverdienen, muss es lediglich bei der Bundestagsverwaltung angeben (3). Zum Vergleich: Das durchschnittliche monatliche Bruttogehalt aller Arbeitnehmer lag 2020 in Deutschland bei 3092 Euro und netto bei 2084 Euro (4). Und das alles beschließen unsere „Volksvertreter“ dann auch noch für sich selber, also in eigener Sache. Ist es da wirklich ein Wunder, dass diese Herrschaften mittlerweile in ihrer „eigenen Welt“ leben und zum „normalen“ Leben der Bürgerinnen und Bürger, die sie ja eigentlich im Parlament vertreten sollen, kaum noch Bezug haben? In den Landtagen sieht es übrigens nicht viel anders aus.

Beispiel 7: Haben Sie sich schon mal, vielleicht als Hausmeister, in einer öffentlichen Verwaltung beworben? Das ist gar nicht so einfach, werden Sie bald schon feststellen. Zuerst einmal müssen Sie sich an einer öffentlichen Ausschreibung beteiligen, bei der sich vielleicht 30 Personen bewerben werden. Wenn Sie unter den Guten sind, werden Sie vielleicht gemeinsam mit 4 anderen zum Bewerbungsgespräch eingeladen. Dort müssen Sie dann „die Hosen ausziehen“: Welche Abschlüsse können Sie vorweisen? Wie sieht Ihr beruflicher Werdegang aus? Welche Qualifikationen haben Sie sonst noch erworben? Sind Sie bereit, Überstunden zu machen? Welche Fremdsprachen beherrschen Sie? Und so weiter. Wenn Sie dann der Gewinner sind, dürfen Sie sich echt etwas einbilden. Ganz anders sieht es dagegen in Deutschland aus, wenn Sie beispielsweise Minister werden wollen. Fachliche Abschlüsse und Kenntnisse? Nicht erforderlich. Berufserfahrung? Nicht wichtig. Management- oder Verwaltungserfahrung? Brauchen Sie nicht. Das richtige Parteibuch und gute Beziehungen? Ganz wichtig! Jeder kann alles (oder gar nichts?), heute dieses und morgen jenes. In der untergegangenen DDR nannte man so etwas übrigens „Seilschaften“.

Die Liste an Beispielen ließe sich beliebig weiter fortsetzen. Aber darum soll es hier nicht gehen. Dazu gibt es mittlerweile viele gut recherchierte Bücher und Artikel, aber auch zahlreiche Beiträge im Internet. Beispielhaft seien hier Veröffentlichungen von Prof. Hans Herbert von Arnim (5), Friedemann Willemsers Buch „Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie“ (6), Peter Moniens „Abkürzung zur direkten Demokratie“

(7) sowie Wolfgang J. Koschnicks „Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr“ (8) empfohlen. Alle Autoren kommen in ihren Analysen im Grunde immer zum gleichen Ergebnis: Die Demokratie in Deutschland in ihrer jetzigen Form ist am Ende und bedarf dringend einer Neubelebung. Aber nicht einzelne Politiker sind hier das eigentliche Problem. Nein, es handelt sich vielmehr um eine Systemkrise der Demokratie, und zwar im Grunde schon seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Aber ebenso wie bei mancher Erkrankung werden die Symptome erst nach und nach offen sichtbar. Die Analysen zahlreicher Experten sind hier ganz eindeutig und durch viele Fakten belegt. Aber wie kommen wir wieder heraus aus dieser Systemkrise? In der Literatur findet man dazu leider nur wenig. Diese Frage wird gerne den Parteien überlassen. Doch die sind an Veränderungen nicht wirklich interessiert, weil ihre „Eliten“ vom jetzigen System selber am meisten profitieren. Ich möchte deshalb versuchen, in einigen Essays ein paar konkrete Reformvorschläge aus meiner Sicht zu unterbreiten oder auf interessante Initiativen von Demokratieaktivisten hinzuweisen. Gedacht als Anregungen zu hoffentlich umfassenden, konstruktiven und ergebnisoffenen Diskussionen.

Quellen:

(1) ZEIT ONLINE vom 24.10.2019

(2) <https://www.faz.net/aktuell/politik/wahljahr-2009/landtagswahl-hessen/kritik-an-hahn-und-posch-fdp-streitet-um-landtagsmandate-kuenftiger-minister-1753045.html>

(3) <https://de.wikipedia.org/wiki/Abgeordnetenentschädigung>

(4) <https://de.statista.com/themen/293/durchschnittseinkommen>

(5) Hans Herbert von Arnim: Die Hebel der Macht und wer sie bedient – Parteienherrschaft statt Volkssouveränität, Heyne 2017

dgl.: Die Angst der Richter vor der Macht: Zur verdeckten Staatsfinanzierung der Parteien und ihrer fehlenden Kontrolle, Kopp 2020

dgl.: Fetter Bauch regiert nicht gern: Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben, Rowohlt 2018

(6) Friedemann Willemer: Vom Scheitern der repräsentativen Demokratie – Eine demokratische Tragödie, August von Goethe Literaturverlag 2020

(7) Peter Monien: Abkürzung zur direkten Demokratie – Das Unmögliche im jetzigen System erreichen, Amazon 2019

(8) Wolfgang J. Koschnick: Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr – Abschied von einer Illusion, Westend 2017